

BÖRSENBLATT

FÜR DIE GEBILDETEN STÄNDE

Nr. 104, Februar 2015

Die 72 Tage der Kommune von Athen

J'y suis, j'y reste
Marschall Mac-Mahon

Die Euro-Krise ist dabei, sich in eine soziale Auseinandersetzung zu wandeln und damit eine neue Qualität zu bekommen. Sollte sich diese Tendenz in den nächsten zwei oder drei Monaten bestätigen und verfestigen, wäre die nächste Ausprägung der Krise deutlich schwerer zu reparieren als die letzte.

Bislang standen eher die kulturellen Differenzen im Vordergrund (sparsame Protestanten gegen den lebensfrohen Rest der Christenheit), nun geht es aber ernsthaft ums Geld und das gibt der Krise eine neue Schärfe. Dazu ist es etwa folgendermaßen gekommen: In den 90er- und 00er-Jahren haben die großen westeuropäischen Banken bereitwillig an Griechenland (und die anderen Länder der „Peripherie“, Griechenland steht hier nur *pars pro toto*) Geld ausgeliehen, obwohl der Staat offensichtlich schlecht verwaltet war und das Land über seine Verhältnisse lebte (d.h. ein großes Leistungsbilanzdefizit hatte). Als das Kartenhaus im Jahr 2010 zusammenbrach, befanden sich die Banken in keinem guten Zustand - hatte der Staat sie doch erst 2008 nach der

Lehman-Pleite stützen müssen. Die Bevölkerung in Europa hatte diese Bankenrettung nicht gut aufgenommen („Bankster!“, „Occupy!“), sodass die Regierungen sich für eine indirekte Rettung entschieden: Es wurde ein Rettungspaket für Griechenland nach dem anderen geschnürt (mit einem Gesamtvolumen von € 227 Mrd.), dessen Inhalt aber weitgehend an die Gläubigerbanken weitergereicht werden musste. Diese Kredite machen

nun 125% der Wirtschaftsleistung Griechenlands aus (insgesamt liegt die Staatsschuld bei 175%). Von diesen Krediten flossen aber nur 11% in die Finanzierung staatlicher Aktivitäten. Der Rest floss mehr oder weniger direkt zurück an die westeuropäischen Geldgeber, um derentwillen die Pakete eigentlich geschnürt worden waren - und an die griechischen Banken und von dort aus weiß Gott wohin.

Nun ist es ganz offensichtlich, dass der griechische Steuerzahler die Schulden nicht tragen kann, die ihm vor die Füße gelegt wurden (und an denen er natürlich nicht unschuldig ist, hat er doch in seiner Eigenschaft als Wähler immer wieder korrupte Regierungen gewählt, und vom Klientelismus profitiert). Und so ist es im Kern



Dr. Georg Graf von Wallwitz

weder unvernünftig noch unmoralisch, was Syriza fordert: Die Gläubiger müssen die Konsequenzen schlechter Kreditentscheidungen ebenfalls zu spüren bekommen.¹

Nachdem wir auf diese Weise die in Deutschland so enorm wichtige Moralfrage geklärt hätten (wir sind alle Sünder!) müssen wir noch darauf hinweisen, wie offensichtlich töricht ist, was nun an den Stammtischen gefordert wird: Griechenland auf Generationen hin in eine Art Schuldgefängnis zu sperren. Diese sind vor langer Zeit abgeschafft worden, nicht um den Schuldnern einen Gefallen zu tun, sondern weil es keinen Sinn hat, einem nackten Mann in die Tasche zu fassen. Der Gläubiger wird dadurch nicht reicher, dass er jemanden, der Pleite ist, immer weiter bedrängt und auf dem unmöglichen beharrt. Besser ist es, ihm Anreize zu arbeiten zu geben.

Nun wird das Vernünftige, welches Syriza vorbringt, aber in einem Tonfall vorgetragen, welcher gleichermaßen national und sozialistisch ist, sodass die Europäer vermuten, dass es hier noch eine weitere Agenda gibt. Und die ungedeckte Auszahlung von Weihnachtsgeld für Rentner und die Anhebung des Mindestlohns (der sowieso schon etwa doppelt so hoch ist wie in der Türkei oder Ungarn) wirkt wie ein Rückfall in die alte Zeit des linken Klientelismus.

Der europäische Steuerzahler befürchtet, vom griechischen Steuerzahler unter Berufung auf hehre demokratische Prinzipien ungefragt zur Kasse gebeten zu werden. Er weigert sich zur Kenntnis zu nehmen, dass das Geld längst weg ist, ja bereits weg war, bevor die Rettungspakete geschnürt wurden. Vermehrt wird seine Angst durch die Möglichkeit, dass im Fall eines Schuldenschnitts für Griechenland auch

andere Länder der Peripherie das selbe Privileg in Anspruch nehmen wollen.

Umgekehrt gibt es auch in Griechenland offensichtlich die Überzeugung, von der anderen Seite über den Tisch gezogen worden zu sein. Demnach ist das Elend der Griechen das Resultat einer deutschkapitalistischen Verschwörung, welche darauf abzielt, Griechenland die Freiheit zu nehmen und zu einer Kolonie zu machen. Instrument dazu ist die Troika, über deren Rauswurf sich niemand wundern kann, der die Stimmung der griechischen Linksparteien etwas verfolgt.²

Das eigentlich beunruhigende ist dabei der moralisierende Ton der Debatte. Beide Seiten werfen einander Raub und Erpressung vor. Das zeigt, wie wenig der Euro die innere Einheit gebracht hat, die er eigentlich erzeugen sollte. Als politisches und wirtschaftliches Projekt ist er damit wahrscheinlich gescheitert.

Nun sind die Länder der Eurozone aber eng aneinander gebunden und können nicht einfach aufstehen, sich die Krone zu-rechtrücken und gehen. Die Ausein-ersetzung trägt daher weniger den Charakter eines internationalen Konflikts, sondern eher den eines Klassenkampfes. Auf der einen Seite das Bürgertum, fleißig, sparsam, wohlhabend. Und auf der anderen Seite eine perspektivlose Masse, die in ihren Ländern mit Arbeitslosenquoten zwischen 20% und 30% konfrontiert ist (die Jugendarbeitslosigkeit liegt über 50%), die befürchten muss, dass es einer ganzen Generation unmöglich sein wird, auf die Beine zu kommen.

Die Stimmung ist schon lange gekippt: In den Kommentaren zu den Artikeln auf tagesschau.de oder spiegel.de ist schon lange nicht mehr von verarmten Schuld-

¹ Auch andere Eckpunkte des Syriza-Programms machen durchaus Sinn: Es sollen die heimischen „Oligarchen“ zu Steuerzahlern gemacht werden (bislang zahlen beispielsweise Reeder überhaupt keine Steuern). Die Verbreiterung der Steuerbasis soll mit dem Ende des Klientelismus und der Korruption einher gehen - den größten Wohlstandsvernichtern in einem Staatswesen.

² Vgl. dazu etwa dieses sehenswerte Video: <https://www.youtube.com/watch?v=zCGSiqow9k4>

nern oder politischen Gegnern die Rede, sondern von Dieben in der Nacht. Und umgekehrt schallt es nicht viel netter aus dem Wald heraus.

So bekommt die Eurokrise immer mehr das Ansehen einer sozialen Auseinandersetzung des 19. Jahrhunderts und in der Machtübernahme von Syriza kann man, nimmt man es mit den historischen Parallelen nicht allzu genau, Mechanismen wiedererkennen, wie sie etwa in der Pariser Kommune von 1871 am Werk waren. Diese war entstanden, als Napoleon III. nach dem verlorenen Krieg nach England ins Exil verschwand und sein Land ohne legitime Regierung zurückließ. Die Kommune von Paris nahm ihr Schicksal selbst in die Hand und begann sich selbst unter dem roten Banner des Sozialismus zu organisieren. Die während der preußischen Belagerung ausgesetzten Miet- und Zinszahlungen wurden ganz abgeschafft, die Schuldgefängnisse geöffnet, der Klerus verjagt oder verhaftet und die große Napoleonstatue auf der Place Vendôme unter dem Jubel der Menge gestürzt. Ein kurzlebiger Freiheitsrausch machte sich breit. Die Besitzbürger dachten aber nicht daran, ihre Rechte so einfach aufzugeben. In Versailles sammelten sie ihre Truppen unter der Führung des Marschalls MacMahon und eroberten die Stadt in einer blutigen Woche (*semaine sanglante*) zurück. Dieser Bürgerkrieg um Pacht und Zins war an Grausamkeit kaum zu überbieten, Gefangene wurden nur ungern gemacht, Geiseln bevorzugt erschossen. Am Ende stand ein Todesmarsch von 40.000 Kommunarden von Paris nach Versailles.

Nein, so wird die Eurozone nicht enden. Aber der Zorn, der sich entfaltet, wenn es

um Geld und Freiheit geht (und Geld ist nach Dostojewski nichts anderes als geprägte Freiheit), ist heute zu groß, um die Institutionen zu bauen, die einer Währungsunion zu Grunde liegen müssten. Daran wird auch die Quantitative Lockerung nichts mehr ändern, welche die EZB im Januar endlich, viel zu spät, aufs Gleis gesetzt hat.

Nach 72 Tagen war die Kommune zu Ende.³ Lenin feierte nach 72 Tagen, als sein Regime in Russland diesen Zeitraum überdauert hatte und damit größere Stabilität bewiesen hatte. Wenn Revolutionen gelingen, gelingen sie schnell. In circa 72 Tagen, kurz nach Ostern, wird Europa wissen, ob die Syriza-Regierung Bestand hat und wie es weiter geht mit der Rauferei um das Geld. Dann werden die Kredite von EZB und Währungsfonds an Griechenland fällig und wir werden sehen, wer sie begleicht: Die Besitzbürger (d.h. die EU der Nordeuropäer) oder die griechische Arbeiterschaft, welche in diesem Falle wüsste, dass ihre Kommune den Namen nun nicht mehr verdient. Der Ausgang des Dramas hängt davon ab, wie die Griechen und die Nordeuropäer ihr eigenes Erpressungspotenzial und das der Gegner einschätzen.

--

Für den Investor bedeutet dies, dass er, Quantitative Lockerung hin oder her, vorsichtig sein sollte bei Anleihen aus nicht-protestantischen Ländern und von Banken. Diese werden der Gradmesser für den Fortschritt der politischen Gespräche. Vor uns liegen unruhige Monate.

Dr. Georg v. Wallwitz

DISCLAIMER: Dieser Artikel enthält die gegenwärtigen Meinungen des Autors, aber nicht notwendigerweise die der Eyb & Wallwitz Vermögensmanagement. GmbH. Diese Meinungen können sich jederzeit ändern, ohne dass dies mitgeteilt wird. Der Artikel dient der Unterhaltung und Belehrung und ist kein Anlagevorschlag bezüglich irgendeines Wertpapiers, eines Produkts oder einer Strategie. Die Informationen, die für diesen Artikel verarbeitet worden sind, kommen aus Quellen, die der Autor für verlässlich hält, für die er aber nicht garantieren kann. Die Quelle für die Grafiken ist, so weit nicht anders vermerkt, Bloomberg.

³ Die Kommune hat nie kapituliert, ihre letzten 147 Kämpfer wurden am 28. Mai an der *Mur des Fédérés* auf dem Friedhof *Père Lachaise* hingerichtet.